Pressemitteilung



Kreisvorstand DIE LINKE. Duisburg Pressemitteilung, 05.03.2024

Schuld am Streik ist der Arbeitgeber!

Die Linke steht an der Seite der Gewerkschaften GDL und Verdi und deren Forderungen. Der Bahnvorstand ist anscheinend nicht dazu bereit, ein ernsthaftes Angebot vorzulegen. Stattdessen zahlte er sich im Dezember noch ein Bonus in Höhe von fünf Millionen Euro aus, obwohl die Situation der Bahn in einem katastrophalen Zustand ist.

Die Linke setzt sich genauso wie die Streikenden für eine bessere Bahn und einen gutausgebauten ÖPNV ein. Dafür ist deutlich mehr Personal notwendig. Um den Arbeitsplatzattraktiver zu machen, bedarf es guter Löhne und besserer Arbeitsbedingungen. Die Lokführer:innen mussten in der Vergangenheit deutliche Reallohnverluste hinnehmen. Wir unterstützen die Forderung einer Reduzierung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Hüseyin Aydin, stellvertretender Sprecher der Duisburger Linken und Gewerkschaftssekretär der IG Metall, erklärt dazu: "Die Lösung für den Personalmangel und die hohen Krankenstände im ÖPNV können keine Arbeitszeitverlängerungen sein. Die Lösungen liegen auf dem Tisch, die die enorme Belastung und die Folgen der hohen Beanspruchung reduzieren."

In Duisburg ist der ÖPNV in einem ähnlichen, wenn nicht sogar in einem schlechteren Zustand als die Bahn und die Personalausfälle sind hoch. Den Stress und die Belastungen kann man weder dem Personal noch den Fahrgästen länger zumuten. Passiert ist in den letzten Jahren wenig und es ist nicht abzusehen, dass sich die Situation in Zukunft ändert.

Deshalb muss auf die desaströse Lage der DVG aufmerksam und Druck gemacht werden. Die Linke Duisburg unterstützt die in Kooperation zwischen Fridays for Future und Verdientstandene Kampagne #wirfahrenzusammen, um sich vor Ort für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Sören Brandes, Verdi-Mitglied, weiter: "Statt die Beschäftigten endlich besser zu behandeln und damit für die Verkehrswende dringend benötigte Anreize zu schaffen, will die Arbeitgeberseite sogar Verschlechterungen durchsetzen. Es bleibt deshalb nur der Streik, um Druck für den Ausbau des Nahverkehrs aufzubauen. Dieser Streik kommt uns allen zugute."

Dass die Bahnen stillstehen, ist nicht Schuld der Gewerkschaften, sondern dem Versagen des Bahnvorstandes und den fehlenden Investitionen in die Infrastruktur geschuldet.

Deshalb sagen wir: Solidarität mit den Streikenden – Schuld am Streik ist der Arbeitgeber, nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.